

Nur wenig ist an dieser präzise argumentierenden, sorgfältig gearbeiteten Studie zu bemängeln oder zu ergänzen. Anders als es der Titel nahelegt, war Będzin eigentlich keine unbedeutende Stadt „bei Auschwitz“, vielmehr lag die Kleinstadt Oświęcim unweit der Kreisstadt Będzin. Gerade für die Juden Polens war Będzin bis in die ersten Kriegsjahre hinein von ungleich größerer Bedeutung, beherbergte die Stadt doch eine der größten jüdischen Gemeinden im Westen des Landes. Das Generalgouvernement mit seinen Zentren Warschau, Lemberg (Mitte 1941 erobert) und der Hauptstadt Krakau war kaum ein „rump Polish state“ (S. 2, 126), da die Reichsregierung, Hans Frank und seine engsten Mitarbeiter über dessen Schicksal entschieden und der politische Wille der polnischen Bevölkerung nicht offiziell zum Tragen kam. Hinter dem mehrfach angeführten Aliasnamen Alexander Hohenstein, Autor eines vermeintlich hochauthentischen *Wartheländischen Tagebuchs* (München 1961), verbirgt sich der deutsche Amtskommissar und Bürgermeister von Podębice, Franz-Heinrich Bock (1901-1964)³, gegen den 1942 wegen allzu duldsamen Verhaltens gegenüber Juden und Polen ein Disziplinarverfahren angestrengt wurde, wodurch er sein Amt niederlegen musste und aus der NSDAP ausgeschlossen wurde. Leider werden nur auf Polnisch vorliegende Beiträge und Materialien von F. nicht berücksichtigt.⁴

In seinen Memoiren erwies Klausu vielen „anständigen“ oder gar „hochanständigen“ NSDAP-Mitgliedern, Polizei- und Wehrmichtsangehörigen, Kirchenvertretern und Verwaltungsspezialisten aus seinem Umfeld wiederholt Reverenz. Wie die Vf. zu zeigen vermag, lassen sich solche Würdigungen mit dem realen Handeln der Betroffenen keineswegs in Deckung bringen. Es muss sich also aus heutiger Sicht um einen selektiv wahrgenommenen „Anstand“ handeln, wobei Verbrechen aus Rassismus – an Juden und Polen – ignoriert wurden. Am Ende bleibt dem Leser nur, die Schlüssigkeit von F.s These anzuerkennen, dass es Funktionsträger wie Klausu und seinesgleichen waren, die die Massenmorde an der polnischen Bevölkerung und den nationalsozialistischen Judenmord erst möglich machten.

Marburg

Klaus-Peter Friedrich

³ Siehe Bocks Schreiben vom 15.10.1959 im Archiv des Instituts für Zeitgeschichte in München, URL: <http://www.ifz-muenchen.de/archiv/zs/zs-1731.pdf>.

⁴ Darunter etwa einschlägige Veröffentlichungen von Aleksandra Namysło und von Ryszard Kaczmarek.

Territorial Revisionism and the Allies of Germany in the Second World War. Goals, Expectations, Practices. Hrsg. von Marina Cattaruzza, Stefan Dyroff und Dieter Langewiesche. (Austrian and Habsburg Studies, Bd. 15.) Berghahn Books. New York – Oxford 2013. X, 210 S., Ill. ISBN 978-0-85745-738-7. (\$ 75,-)

Die Niederlage der Mittelmächte im Ersten Weltkrieg und die darauffolgenden Friedensschlüsse zogen die Grenzen in Ost- und Mitteleuropa neu. Einschließlich der im Zuge der russischen Niederlage unabhängig gewordenen Staaten Finnland, Litauen, Lettland und Estland hatte der Erste Weltkrieg insgesamt sieben neue Staaten geschaffen. Dies erfolgte in erster Linie zulasten der Kriegsverlierer: Sowjetrusslands, Deutschlands und Österreich-Ungarns. Es ist kaum verwunderlich, dass damit die Sehnsucht nach Rückeroberung dieser Gebiete geweckt war. Für Deutschland schien der Verlust der Gebiete im Osten unannehmbar, Bulgarien sehnte sich danach, mit Westthrakien wieder einen Zugang zum Mittelmeer zu bekommen, und Ungarn, das im Vertrag von Trianon rund zwei Drittel seines Vorkriegsterritoriums verloren hatte, erhob Revisionsansprüche gegen die Tschechoslowakei, Jugoslawien und vor allem Rumänien.

Die Sehnsucht nach Rückerhalt der verlorenen Gebiete wurde durch das Minderheitenproblem verstärkt. Von den 10,6 Millionen Menschen, die Ungarn zusammen mit seinen Territorien verloren hatte, waren rund 30 Prozent ethnische Ungarn. Ähnlich sah es in anderen Ländern aus. Angesichts der ethnischen Heterogenität Ostmitteleuropas wären

Grenzziehungen entlang nationaler oder sprachlicher Grenzen auch kaum möglich gewesen. Franz Sz. Horváth zeigt jedoch in seinem Aufsatz über Sudetendeutsche und Siebenbürgenungarn, dass die Forderung nach einer erneuten Grenzrevision zunächst nicht von den betroffenen Minderheiten selbst erhoben wurde. Vielmehr forderten sie einen besseren Minderheitenschutz in Rumänien und der Tschechoslowakei. Erst die Verfehlungen der rumänischen und tschechischen Regierungen auf diesem Feld führten dann in den 1930er Jahren zusammen mit der steigenden Attraktivität Deutschlands und Ungarns zum Wunsch nach territorialem „Anschluss“. Die deutsche und ungarische Regierung nutzten dies in ihrer Propaganda gerne, als sie dann jedoch 1938 die Gebiete tatsächlich besetzten, machten sie sich mitnichten zum Sachwalter der vorher angeblich unterdrückten Landsleute.

Trotz der zentralen Bedeutung revisionistischer Forderungen für die Politik zahlreicher Staaten gelang es in der Zwischenkriegszeit nicht, die Grenzen zu verschieben. Das änderte sich erst mit der aggressiven Politik des nationalsozialistischen Deutschlands, das seine territorialen Forderungen immer unverhohlener zum Ausdruck brachte und damit auf andere revisionistische Staaten attraktiv wirkte. Am Beispiel Ungarns zeigt Ignác Romics, wie die Regierung in Budapest zunehmend auf die deutsche Karte setzte, nachdem Versuche zur friedlichen Revision des Vertrags von Trianon gescheitert waren. Die Zusammenarbeit zahlte sich aus: Infolge des Münchener Abkommens erhielt Ungarn im November 1938 von Deutschland einen Teil der Slowakei und die Karpatenukraine zugesprochen. Der Zweite Wiener Schiedsspruch sicherte dem Horthy-Regime zwei Jahre später zudem Nord siebenbürgen, das es nach dem Ersten Weltkrieg an Rumänien hatte abtreten müssen.

Für Rumänien, das infolge des Hitler-Stalin-Paktes bereits die Bukowina verloren hatte, bedeutete das einen schweren Verlust. Um weitere territoriale Verluste zu vermeiden, schloss sich das Land dem Dreimächtepakt mit Deutschland, Italien und Japan an. Damit befand sich Rumänien in einem Lager mit Ungarn, folglich mit jenem Land, an das gerade erst große Teile des rumänischen Staatsgebiets abgetreten worden waren. Die revisionistischen Bestrebungen des diktatorisch regierenden Ministerpräsidenten Ion Antonescu richteten sich nun in erster Linie gegen die Sowjetunion, der er am 22. Juni 1941 an der Seite des Deutschen Reiches den Krieg erklärte. Nach den ersten militärischen Erfolgen konnten rumänische Truppen die Bukowina, Transnistrien und Bessarabien besetzen. In ihrem Beitrag legt Mariana Hausleitner dar, wie das Bedürfnis, diese Gebiete dauerhaft für Rumänien zu beanspruchen, in ethnischen Säuberungen in Form der gewaltsamen Vertreibung von Ukrainern und des Massenmordes an Juden und Roma mündete.

Gleichzeitig verdeutlicht das gemeinsame Bündnis der miteinander verfeindeten Staaten Ungarn und Rumänien die Absurdität oder zumindest Kurzfristigkeit der deutschen Bündnispolitik, wie István Deák in seinem exzellenten Aufsatz überzeugend analysiert. Während des gesamten Krieges bereiteten sich Rumänien und Ungarn darauf vor, gegeneinander zu kämpfen. Die ebenfalls dem Bündnis angehörende Slowakei hielt ihre Restitutionsansprüche gegen Ungarn aufrecht. Das Verhältnis zwischen rumänischen, ungarischen, slowakischen und kroatischen Truppen an der Ostfront war von Misstrauen und gegenseitigen Beschuldigungen geprägt. Zudem zeigt D., dass das Bündnis mit dem Deutschen Reich die Handlungsfreiheit der Verbündeten kaum einschränkte. Sie entschieden weiterhin selbständig über eine Kriegsbeteiligung, Abbruch oder Aufnahme diplomatischer Beziehungen und sogar über die „Judenfrage“. Es ist symptomatisch, dass sich etwa Ungarn, obwohl es durch deutsche Vermittlung gewaltige territoriale Zugewinne verzeichnet hatte, die Auslieferung der ungarischen Juden verweigerte. Erst als die Deutschen im Frühjahr 1944 das Land besetzten, rollten auch von dort die Züge nach Auschwitz.

Ebenso unterschiedlich wie die Politik der Bündnispartner waren die Folgen, die aus dem Zusammengehen mit Deutschland resultierten. Während Finnland ein größeres Gebiet abtreten musste als nach dem verlorenen Winterkrieg 1939/40, konnte Rumänien sich über den Rückerohalt Nord siebenbürgens von Ungarn freuen, musste andererseits die Nord-

bukowina und Bessarabien an die Sowjetunion abtreten. Slowenien und Kroatien wurden nach Kriegsende in die größeren nationalen Entitäten der ČSSR und Jugoslawiens integriert und entgingen so gleichzeitig der Bestrafung für ihr Verhalten im Krieg.

Insbesondere D.s Darstellung wie auch der einleitende Überblick von Marina Cattaruzza und Dieter Langewiesche verdeutlichen das Potenzial des Themas. Eine absichtsvolle Analyse des Revisionismus der deutschen Bündnispartner als politische Triebfeder wäre ein lohnendes Unterfangen gewesen. Leider kann jedoch das Buch diesen Anspruch nicht einlösen. Es handelt sich um einen typischen Konferenzsammelband, nicht um den Versuch einer systematischen wissenschaftlichen Beschäftigung mit dem Thema. Wichtige Staaten, wie beispielsweise Finnland, fehlen, dafür liegen für Bulgarien gleich zwei, wenn auch sehr unterschiedlich gelagerte Beiträge vor. Eine einheitliche Fragestellung, entlang derer eine länderübergreifende Gliederung hätte erfolgen können, sucht man vergebens. Gänzlich unverständlich bleibt, wieso die Ukraine Aufnahme in den Sammelband gefunden hat. Anders als die übrigen behandelten Länder war die Ukraine im Zweiten Weltkrieg nicht mit Deutschland verbündet, sondern von ihm besetzt. Mehr noch: Sie hatte auch in der Zwischenkriegszeit nicht als souveräner Staat, sondern als Teil Polens und der Sowjetunion existiert. Die beiden Beiträge von Frank Grelka und Frank Gołczewski behandeln dementsprechend auch eher die „Kollaboration“ von Teilen der ukrainischen Nationalbewegung als den Revisionismus. Richtig ist, dass auch diese Kräfte an der Verschiebung von Vorkriegsgrenzen interessiert waren und diese nicht zuletzt durch ethnische Säuberungen gegen polnische Ansprüche absichern wollten. In einem Band über die Revisionsvorstellungen der deutschen Verbündeten sind die Beiträge dennoch fehl am Platz. Zur Behandlung wirklicher Kollaborationsregime und ihrer Neuordnungspläne hätte eine Untersuchung des kroatischen Ustaša-Regimes nähergelegen.

Das ändert nichts an der Qualität der einzelnen Beiträge. Es heißt aber, dass das Buch nicht mehr ist als die Summe seiner Beiträge. Wie so viele Sammelbände, wird auch der vorliegende wohl kaum *in toto* gelesen werden. Eine vertane Chance!

Vilnius

Alexander Brakel

Marcin Zaremba: Im nationalen Gewande. Strategien kommunistischer Herrschaftslegitimation in Polen (1944-1980). (Klio in Polen, Bd. 14.) fibre. Osnabrück 2011. 437 S. 978-3-938400-67-8. (€ 39,80.)

Vor über einem Jahrzehnt erschien in Polen die Originalausgabe der herausragenden Studie, die Marcin Zaremba über die nationalistische Legitimation kommunistischer Herrschaft in Polen geschrieben hat.¹ Dank der Arbeit des Deutschen Historischen Instituts Warschau liegt dieses Standardwerk der polnischen Zeitgeschichte nun auch in deutscher Übersetzung vor. Weit über die Frage des polnischen Nationalismus hinaus wird damit eine der wichtigsten Studien über den polnischen Kommunismus der deutschen Öffentlichkeit zugänglich. Andreas Hofmann hat das Werk in luzide wissenschaftliche Prosa übersetzt; auf Deutsch erscheint es mit einer Einleitung von Robert Briër, die in die zeithistorische Debatte über das Werk selbst und über das Verhältnis von Kommunismus und Nationalismus einführt.

Der Vf. behandelt die Legitimationsstrategien des kommunistischen Regimes von seiner Entstehung in Moskau und Lublin 1943/44 bis zu seinem Bankrott 1980. Ihn interessiert dabei, wie die kommunistische Partei ihre Herrschaft im Kanon der polnischen My-

¹ MARCIN ZAREMBA: Komunizm, legitymizacja, nacjonalizm. Nacjonalistyczna legitymizacja władzy komunistycznej w Polsce [Kommunismus, Legitimierung, Nationalismus. Die nationalistische Legitimierung der kommunistischen Herrschaft in Polen], Warszawa 2001.